



## TOP 7 der 8. Plenarsitzung, 13.09.12

Redemanuskript von Stefan Fricke, Piratenfraktion im Landtag NRW, zum Thema  
**Zusätzliche Belastungen für das Handwerk verhindern - Landesregierung muss sich für Änderungen bei der Fahrtenschreiberpflicht für LKW stark machen!**

### Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Drucksache 16/821 beantragen die Kollegen der CDU am 04.09.2012, die Landesregierung möge sich für eine Änderung der EU-Gesetzesvorlage zur Änderung der Verordnung über die Benutzungspflicht für Fahrtschreiber einsetzen.

Da die Kollegen in ihrem Antrag zutreffend den Zeitpunkt der EU-Vorlage benennen, der nun ein gutes Jahr zurückliegt, wundert mich sehr dass sie derart lange mit ihrem Vorstoß gewartet haben.

Allerdings verwundert mich noch viel mehr, dass Ihnen, liebe Kollegen Laumann, Lienenkämper und Hovenjürgen dem Anschein nach nicht bekannt ist, dass sich der Bundesrat bereits in seiner 886sten Sitzung am 23. September 2011 mit dieser Angelegenheit befasst und einen Beschluss dazu gefasst hat, der in der Drucksache 419/11 festgehalten und veröffentlicht wurde. Mit diesem Beschluss wurde die Gestaltungsmöglichkeit der Länder beendet, ohne dass ein CDU-regiertes Bundesland Einwände erhob. Das finden wir PIRATEN im nordrhein-westfälischen Landtag äußerst schade, denn der EU-Gesetzentwurf wirft weitaus bedeutendere Fragen auf, als die Kollegen mit ihrem eindeutig zielgruppengerichteten Antrag glauben machen wollen. Denn – auch in dieser EU-Vorlage geht es außer um die wichtige Frage der Verkehrssicherheit und der Wahrnehmung der Interessen der Handwerksbetriebe vor allem wieder einmal um gleich mehrere unserer Kernthemen, nämlich den Datenschutz und die unzulässige Überwachung von Menschen. ACTA und CETA lassen grüßen. Um es hier nur ganz kurz zu beschreiben: es sollen laut dieses EU-Gesetzentwurfs die Bestimmungen über die Pflichten zur Verwendung von Fahrtenschreibern unter anderem derart erweitert werden, dass die Lenker nicht nur über georeferenzierte Systeme des Typs GNSS (eine Art interaktives GPS) permanent lokalisiert werden können, nein, auch die drahtlose Fernabfrage -durch wen auch immer- soll in Zukunft möglich werden. Das heißt, es wird offene Schnittstellen geben, die auf große Entfernungen -in etwa 50 bis 100 Meter- über Funk erreichbar und damit noch problematischer als die bisherigen kontaktlosen Fernauslesesysteme sind. Dem Schutz der Daten wurde hier –wie schon so oft– wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Ebenso wenig der Tatsache, dass damit jedem Lenker eines betroffenen Fahrzeugs quasi eine elektronische Fußfessel angelegt wird. Und die bitteren Erfahrungen aus der Sicherheitsproblematik bei der elektronischen Gesundheitskarte eGeK, dem ePass und ePerso werden dabei völlig ignoriert.



All das jedoch interessiert meine werten Kollegen von der CDU überhaupt nicht. Sie machen sich ausschließlich Sorgen um Verkehrssicherheit sowie Handwerker, die eventuell in ihrem Aktionsradius eingeschränkt werden könnten.

Das ist sicherlich ein Teil dieser EU-Vorlage und insoweit ist ihre Mühe durchaus nachvollziehbar, in seiner Gesamtbedeutung jedoch wiegt er jedoch weitaus weniger schwer als die informationelle Selbstbestimmung. Aber wie gesagt, alle sachlichen Erwägungen sind heute in diesem Haus nicht mehr relevant, da nicht nur die CDU anscheinend den Zug schlicht verschlafen hat.

Da jedoch zumindest ein parlamentarischer Kollege ein "alter Fuchs" in diesem hohen Haus ist und ich mir einfach nicht vorstellen kann, dass ihm ein solcher Fauxpas passiert, frage ich mich und die konservativen Kollegen an dieser Stelle: Was wollen Sie mit diesem Antrag wirklich bezwecken?

Nur die Zeit dieses Hauses -und damit Steuergelder- verschwenden, Klientelpflege betreiben oder puren Aktionismus vorführen?

Vielen Dank.